

Frauennotrufe in Rheinland Pfalz haben Lob und Kritik für Spahn

Landesarbeitsgemeinschaft der Frauennotrufe in Rheinland-Pfalz zu den Plänen des Bundesgesundheitsministers zur Kostenübernahme der Spurensicherung nach Vergewaltigung

Die Landesarbeitsgemeinschaft der Frauennotrufe in Rheinland-Pfalz begrüßt den Vorstoß des Bundesgesundheitsministers Jens Spahn, Vergewaltigungsopfern eine bessere Unterstützung in Form einer durch die Krankenkassen finanzierten vertraulichen Spurensicherung zukommen zu lassen.

Die Fachstellen zum Thema Sexualisierte Gewalt kritisieren gleichzeitig dass er „*maßgebliche Aspekte in der Gewaltopferversorgung außer Acht*“ lässt und sich „*vorwiegend auf Anliegen von Justiz und Rechtsmedizin fokussiert*“ und folgen damit der Pressestellungnahme der Frankfurter Frauennotrufkolleginnen, die sich für eine „*angemessene Bezahlung der umfangreichen ärztlichen Leistungen in Verbindung der Gewaltopferversorgung*“ einsetzen“. (Zitat Pressestatement des Frauennotrufs Frankfurt, s. Anlage)

Viele Betroffene von Vergewaltigung sind unmittelbar nach der Tat nicht in der Lage, eine Entscheidung für oder gegen eine Anzeige zu treffen; sie suchen aber medizinische Hilfe, aus Angst vor Infektionskrankheiten, möglicher Schwangerschaft oder wegen ihrer Verletzungen. Die Möglichkeit die Spuren einer Vergewaltigung zeitnah sicherzustellen und gerichtsfest zu dokumentieren ist in der Regel jedoch nicht gegeben.

Der Ansatz der im Universitätsklinikum Mainz und Klinikum Worms implementierten „*Medizinischen Soforthilfe nach Vergewaltigung*“ setzt genau an dieser Schnittstelle an. Den Personalaufwand finanzieren die beteiligten Kliniken bisher selbst, von der Notfallpauschale abgesehen. Die Spurensicherungskits werden zusätzlich über Drittmittel finanziert.

Die Erfahrung zeigt: Für die meisten Betroffenen sexualisierter Gewalt steht eine Anzeige nicht im Vordergrund, so dass die vertrauliche Sicherung von Spuren für eine spätere Strafverfolgung hilfreich sein kann. „*Die Verankerung der Kostenübernahme der Spurensicherung nach Vergewaltigung im Gesundheitswesen, ist unserer Meinung nach ein richtiger Schritt, jedoch nimmt er zu wenig die Bedürfnisse der Betroffenen in den Fokus*“, so Vanessa Kuschel vom Frauennotruf Mainz.

Die rheinland-pfälzischen Expertinnen zum Thema schließen sich dem Pressestatement des Frauennotrufs Frankfurt an: „*Es muss eine angemessene medizinische Versorgung (bei Bedarf inklusive einer vertraulichen Spurensicherung) nach (sexueller) Gewalt durch das Gesundheitssystem angeboten und angemessen bezahlt werden. Dazu bedarf es einer Ermutigung Betroffener medizinische Angebote wahrzunehmen – und keine ausschließliche Fokussierung auf die (vertrauliche) Spurensicherung.*“

V.i.S.P.: Regina Mayer, Vanessa Kuschel und Anette Diehl; Frauennotrufe Mainz und Worms